

Politischer Aschermittwoch in Vilshofen

Vilshofen. Viele politische Veranstaltungen von CSU, Bayernpartei, FDP und den süddeutschen Vertriebenen gaben dem Aschermittwoch in Niederbayern eine hochpolitische Note.

Alljährlich hatte die Bayernpartei diesen Tag mit politischen Kundgebungen begangen. Zum erstenmal traten in diesem Jahr in Vilshofen auch andere Parteien auf. Die seit Tagen laufenden Vorbereitungen mit Plakaten, Lautsprechern und Handzetteln gaben dem Straßenbild den Charakter eines Wahlkampfes. Dabei hatte die CSU weiß-blaue Plakate angeklebt, während die Bayernpartei mit schwarzen Plakaten ihre Veranstaltung ankündigte.

Baumgartner: Die schönen Sprüche der großen Parteien in Bonn

Wenn der Flüchtlingsausgleich zwischen den Ländern nicht durchgeführt wird, könnten die Bayern auf die schönen Sprüche der großen Parteien in Bonn „Wir sind doch alle Deutsche“ pfeifen, erklärte Dr. Josef Baumgartner auf der BP-Kundgebung im überfüllten Konzertsaal in Vilshofen. Nach einem historischen Ueberblick führte er aus, daß niemand den Bayern vorwerfen könne, sie hätten ihre Pflicht für Deutschland auf den Schlachtfeldern nicht erfüllt.

Baumgartner warnte vor der Sozialdemokratie. „Wenn wir ein sozialisiertes Deutschland haben, haben wir in drei Jahren den Bolschewismus im Land“. Ein sozialistisches Deutschland, die Vorstufe zum Kommunismus, sei unvermeidbar, wenn die Freiheit des Bürgertums so weitergehe, wie seit 1918, wo der König zum Teufel gejagt wurde, obwohl eine Kompanie Soldaten die Revolution hätte verhindern können. Man müsse ja oder nein zum Sozialismus sagen, dürfe aber nicht lau sein. Baumgartner warf der bayerischen Regierungskoalition vor, sie habe sich nicht bewährt. Die Koalition sei zustande gekommen, weil Dr. Ehard lieber mit SPD und BHE zusammengegangen sei, als mit der BP. Nun müsse die BP die CSU gegen die eigenen Regierungsfreunde von der SPD schützen. Im Bundestag wurden von den Regierungsparteien dutzende von „Papegei-Anträgen“ eingebracht. Die gleichen Anträge habe die Bayernpartei schon vor drei Jahren gestellt.

Besold stellt öffentliche Frage an Dr. Ehard

Der BP-Generalsekretär Dr. Anton Besold stellte die öffentliche Frage an den bayerischen Ministerpräsidenten und CSU-Vorsitzenden Dr. Hans Ehard, ob er bereit sei, Pressemitteilungen zu dementieren, wonach er an einer großen Koalition für Bonn arbeite. „Sagen Sie öffentlich, daß sie den Kurs der kleinen Koalition anerkennen“. Beim Bundestagswahlkampf gehe es um die Frage, ob Rechts oder Links siegen werde. Man müsse fürchten, sagte Besold, daß es in den Rechtsparteien Politiker gebe, die der „großen Konzeption des Bundeskanzlers, wieder eine kleine Koalition zu retten“ entgegen

arbeiten. Dr. Besold richtete scharfe Angriffe gegen Dr. Ehard, der eine wankelmütige Haltung zeige. „Glaubt Ministerpräsident Ehard, mit lila-blaß-blauen Erklärungen den Kampf gegen den Zentralismus führen zu können?“.

Strauß zu französischen EVG-Zusatzwünschen

Zur gleichen Zeit setzte der stellvertretende CSU-Vorsitzende und Bundestagsabgeordnete Franz Josef Strauß französischen Zusatzwünschen zum europäischen Verteidigungspakt drei Punkte entgegen, an denen Deutschland unbedingt festhalten werde. In einer überfüllten CSU-Kundgebung im Wolfertstetter-Saal sagte er, Grundsatz und Prinzip der deutschen Gleichberechtigung in der EVG würden nicht fallen gelassen werden. Deutschland lehne weiterhin Nationalarmeen ab und werde es sich nicht gefallen lassen, daß die Kraft und innere Stärke der europäischen Verteidigung durch Sonderwünsche Frankreichs geschwächt werde.

Flüchtlingsproblem und internationale Frage

Das jetzige Flüchtlingsproblem sieht Strauß als eine internationale Frage an, bei der die Bundesrepublik die Hilfe der ganzen freien westlichen Welt anfordern müsse. Deutschland allein sei nicht mehr in der Lage, den Flüchtlingsstrom aufzunehmen, ohne seine sozialen Verhältnisse schwer zu erschüttern.

Gegen Spielbanken

Strauß beharrte unter Beifall auf der ablehnenden Haltung seiner Partei zur Errichtung von Spielbanken in Bayern. „Wir haben heute andere Sorgen, als einigen Spielbankgruppen ein großes Einkommen zu sichern“, sagte er. Es müsse verhütet werden, daß Toto- und Lotteriesysteme im Volke immer mehr um sich greifen. „Das tägliche Brot wird in eiserner Arbeit erworben und nicht durch Spielerei“.

Der Politiker wurde in seiner Rede mehrfach von kommunistischen Zwischenrufern unterbrochen. Von fünf Diskussionsteilnehmern vertraten vier kommunistische Parolen, die jedoch in erregten Zwischenrufen und im Gefächler der Versammlung untergingen.

FDP für reibungslose Agrarpolitik

Bundestagsabgeordneter Konrad Frühwald beschäftigte sich in einer FDP-Versammlung hauptsächlich mit agrarpolitischen Fragen und wies auf die Erfolge der Bundesregierung auf diesem Gebiete hin. Jeder sei sich darüber klar, daß hier noch manches zu erarbeiten sei. Vor allem müsse man bestrebt sein, etwaige Meinungsverschiedenheiten zwischen den Bundesministern Schäffer, Erhard und Niklas zum Wohle der Allgemeinheit zu überwinden. Die Bayernpartei sollte sich mehr an die Struktur ihrer Organisation erinnern und sich im Bundes-

tag mehr um agrarpolitische Dinge kümmern. Durch eine positive Opposition könnte sie dann für die Bauern mehr tun als durch unsachliche Kritik.

Kein Austritt der SPD aus der Koalition

München. Der bayerische Finanzminister Friedrich Zietsch dementierte Presseberichte, daß er in einer Rede in Tröstau gesagt haben sollte, die SPD werde nach zu erwartenden Veränderungen im bayerischen Kabinett wieder in Opposition gehen und er selbst werde zum Bundestag kandidieren. Der Landesvorstand der SPD teilte mit, die dem Finanzminister zugesprochenen Erklärungen seien aus dem Zusammenhang eines längeren Gesprächs gerissen und daher in ihrem Sinn völlig entstellt.